

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1911. Nr. 68.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 204.

Verlagspreis für Halle a. S. 20 Pf. ...
Die Sächsische Zeitung erscheint wöchentlich zwei mal. — Gratis-Beilage: Sächsische
Lectüre (abg. Sonntagabend), 32. Unterrichtsblatt (Sonntagabend), 2. Jahrgang, 1911.

Zweite Ausgabe

Abbestellungspreis für die Provinz Sachsen ...
Abbestellungspreis für die Provinz Sachsen ...
Abbestellungspreis für die Provinz Sachsen ...

Verlagspreis für Halle a. S. 20 Pf. ...
Die Sächsische Zeitung erscheint wöchentlich zwei mal. — Gratis-Beilage: Sächsische
Lectüre (abg. Sonntagabend), 32. Unterrichtsblatt (Sonntagabend), 2. Jahrgang, 1911.

Donnerstag, 9. Februar 1911.

Abbestellungspreis für die Provinz Sachsen ...
Abbestellungspreis für die Provinz Sachsen ...
Abbestellungspreis für die Provinz Sachsen ...

Deutsches Reich.

*** Zwei handelspolitische Vorlagen für die gegenwärtige Reichstagssession.** Bekanntlich haben jüngst Verhandlungen über die Erneuerung des Handelsvertrages, der infolge der Kündigung vom letzten Japanes schon am 17. Juli d. J. abläuft. Soll nun in den Handelsverhandlungen beider Länder eine unliebsame Erklärung eintrifft, so muß bis dahin ein neuer Handelsvertrag vereinbart und vom Reichstag angenommen sein. Dabei ist zu berücksichtigen, daß es sich nicht etwa um ein Tarifvertragsabkommen, sondern um einen Tarifvertrag handelt, der naturgemäß einer gründlicheren Durchberatung unterzogen werden dürfte. Unter diesen Umständen wird also in der gegenwärtigen Tagung jedenfalls eine Vorlage über den Abschluß eines neuen deutsch-japanischen Handelsvertrages im Reichstag eingebracht werden. Denn eine provisorische Verlängerung des bestehenden Vertrages wird schwerlich in Frage kommen, da es den Anschein hat, daß Japan inzwischen mit England zu einem Vertragsabschluß gelangt wird. An dem Bestehen eines Handelsvertrages auch mit uns ist Japan sehr lebhaft interessiert, da es für seine Seehandelswege nach Deutschland im Werte von fast 10 Millionen Mark unseren Vertragstarif sehr nützlich findet.

Rechtlich liegen die Verhältnisse mit Schweden. Der jetzige Handelsvertrag lief mit Ende des vorigen Jahres ab. Er wurde dann auf Grund gegenseitiger Vereinbarung bis zum 1. Dezember d. J. verlängert, an welchem Tage der neue schwedische Tarif in Geltung tritt. Mit ihm muß vor dem 1. Dezember ein neuer deutsch-schwedischer Handelsvertrag vorgelegt und vom Reichstag angenommen sein. Es würde ja nun die Möglichkeit bestehen, diese Vorlage für eine Herbsttagung zurückzustellen, die ja von verschiedenen Seiten im Reichstag zur Bewältigung der großen Fülle von Vorlagen angesetzt ist. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß der schwedische Handelsvertrag den Handelsvertrag jedenfalls schon im Frühjahr beenden wird, da seine Laufzeit selten darüber hinaus verlängert wird. Unter diesen Umständen erscheint es erwünscht, daß auch in der gegenwärtigen Tagung eine Vorlage in der gegenwärtigen Tagung vorgelegt wird. Man wird infolgedessen noch mit der Einbringung zweier wichtiger handelspolitischer Vorlagen rechnen müssen.

*** Eine Erklärung des Kaisers.** Seine Majestät der Kaiser nahm an dem geistigen Hofstaat einer Erklärung wegen nicht teil. Die militärische Feier, die heute in Potsdam anlässlich des Dienstrückmarsches des Prinzen Friedrich in das 1. Gard-Regiment a. B. stattfand, sollte, ist aus dem gleichen Grunde abgefallen.

*** Ein Besuch des Kaisers beim Papst?** Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: An der Spitze werden Gerüchte über einen bevorstehenden Besuch Sr. Maj. des Kaisers bei S. H. dem Papst verbreitet. Wir möchten demgegenüber bemerken, daß nur, wie in früheren Jahren, ein Wunschort auf Korfu geplant ist. Die an die Reise geknüpften weiteren Kombinationen sind demnach unzutreffend.

*** Die Heimreise des Kronprinzen.** Der Kronprinz tritt die Heimreise am 25. d. Mts. ab Bombay mit dem englischen Dampfer „Arabia“ an.

*** Ein Erlaß des Kaisers und Königs an den Minister der öffentlichen Arbeiten.** Auf den Bericht des Ministers der öffentlichen Arbeiten über die Verwaltung der öffentlichen Arbeiten in Preußen im den Jahren 1900 bis 1910 ist nachfolgender Erlaß Seiner Majestät an den Minister ergangen:
Von Ihrem Bericht über die Verwaltung eines neuen Lebensjahres vorliegenden Bericht über die Tätigkeit der in Ihrem Ministerium vereinigten Verwaltungen während des Dezenniums vom 1. April 1900 bis 31. März 1910 habe ich mit lebhaftem Interesse Kenntnis genommen. Es erfüllt mich mit besonderer Befriedigung, daß es gelungen ist, den Anforderungen des in außerordentlichem Maße erweiterten Verkehrs auf den Eisenbahnen durch planmäßige Erweiterung des Schienennetzes sowie durch Verbesserung und bessere Verwertung der Verkehrsleistung unter Wahrung der finanziellen Bedürfnisse des Staates gerecht zu werden und gleichzeitig die für die für das Wohl der Angehörigen und Arbeiter weiter auszugestalten. Mit Genugtuung habe ich ferner von der energischen Inangriffnahme der Durchführung der sozialwirtschaftlichen Zwecke, von der weiteren Ausgestaltung der Seebäder und Gesundheitskurorten sowie von der Verwirklichung der Seebäderanlagen und nicht minder von den Leistungen der Hochbauverwaltung während des abgelaufenen Jahrzehnts Kenntnis genommen. Indem ich Ihnen und den Beamten Ihres Reichs meine Anerkennung und meinen Dank für Ihre treue Pflichterfüllung erneut ausdrücke, will ich die Befriedigung des Reichs gern genehmigen. Wilhelm, R.

*** Fortschritte der sozialen inneren Kolonisation.** Wie uns aus Berlin mitgeteilt wird, bricht sich der Gedanke, der der Förderung der sozialen inneren Kolonisation zugrunde liegt und von Herrn v. Stapsenstokow zuerst weiter in die Öffentlichkeit gebracht wurde, immer mehr Bahn. Gegenwärtig haben sich Verbindungen, um die Gewerkschaften zuzubereiten, ihre Arbeitslosen an der sozialen Kolonisation zu beschäftigen. Die Stadt Berlin hat bereits einen kleinen Beitrag gestiftet, und beschäftigt ist in der Nähe von Berlin ein Landobjekt zu bearbeiten, das sich besonders zur Anlage von Obstplantagen eignet. Die Beratungen über die zukünftige Arbeit gehen allgemein dahin, den Arbeitslosen nur einen zeitlich begrenzten Tagelohn zu gewähren und ihren Familien irgend welche Gewerkschafts- oder Gemeindeförderung zu zahlen. Selbst wenn die Kosten sich auf diese Weise erhöhen, werden sie doch nicht als zu hoch erachtet, weil die gesunde Arbeitserziehung der Großkinder und die Bodenverbesserung der Allgemeinheit zugute komme. Zu bedenken ist ferner, daß auch manche Arbeitslose dem Lande wieder zurückgewonnen werden können. Die Landwirtschaftliche Zentral-Genossenschaftskasse für die Provinz Brandenburg hat für die Landwirtschaft insbesondere wertvollen Ziele anerkannt und dementsprechend einen vorläufigen Beitrag bewilligt. Die Fabrik- und Maschinenbau-Stiftung hat dem Komitee 2000 Mark zugewandt und von anderen Seiten sind weitere Beträge eingegangen, daß die Vorarbeiten gefördert sind.

*** Politische Anträge zum Gerichtsverfassungsgesetz.** Zur zweiten Beratung des Entwurfes eines Gesetzes betreffend Änderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes beantragte die Abgeordneten Dr. v. Siedenbühl-Kamien (Folk.), Weiss (Folk.) und Genossen: a) in § 187 Abs. 1 (Gerichtsverfassungsgesetz) wie folgt zu fassen: „Mit unter Beteiligung von Personen verhandelt, welche nach ihrer Erklärung der deutschen Sprache nicht hinderns mäßig sind, so ist ein Dolmetscher anzuziehen.“ b) in § 113 des Einführungsgesetzes folgenden § 11c zu fügen: „Wer die in § 187 Abs. 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes bestimmte Erklärung wider besseres Wissen abgibt, wird mit Gefängnis bis zu 100 Mark oder mit Haft bestraft.“ Außerdem beantragen dieselben Abgeordneten zu § 187 des Gerichtsverfassungsgesetzes folgende Resolution: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß in gemäßigten Sprachen Bezirke eine genügende Zahl von Richtern angestellt wird, welche die Volkssprache betriebsfähig.“

*** Die elsass-lothringische Verfassungsfrage.** Im Landesausschuß für Elsaß-Lothringen ging ein von 52 Abgeordneten unterzeichneten Antrag zur Verfassungsvorlage an Mittwoh, ein, über den es heute, Donnerstag, zur Aussprache kommen wird. Es wird

„die bösliche Gleichstellung Elsaß-Lothringens mit den deutschen Bundesstaaten, entgegliche Ausgestaltung des Bundesrats und des Reichstages aus der elsass-lothringischen Landesgesetzgebung, sowie die Verletzung von drei Bundesratsstimmen an Elsaß-Lothringen, das Reichstagswahlrecht für die zweite Kammer, die Feststellung der Wahlkreise durch Gesetz und Abhandlung einer Erklärung einer Ersten Kammer, im Falle der Einführung einer solchen aber ausschließliche Zusammenlegung derselben aus gewählten Mitgliedern“ verlangt. Zum Etat sprach als erster Abgeordneter Jung-Meyer. Er erklärte an, daß der Etat mit Rücksicht aufgestellt ist und beurteilt die Ausgestaltung der Elsaß-Lothringens als ein Ausnahmeregime geschaffen werden. Die Wahlprüfungen müßten durch das Parlament vorgenommen werden. Die Wahlprüfung solle auf das ganze Land ausgedehnt und auf ein Jahr beschränkt, und das positive Wahlrecht von 30 auf 25 Jahre herabgesetzt werden. Als Argumental forderte volle Autonomie und sprach sich für die „republikanische Staatsform“ aus. Die Erste Kammer sei „absolut überflüssig“. Er schloß vor, für die Verfolgung der Verfassungsfrage, die ja doch nicht völlig zur Erledigung komme, eine „nationale elsass-lothringische Gruppe“ zu bilden, die die Forderungen des Landes in dieser Angelegenheit vertreten könne. Schließlich sprach Abg. Moris, der die starke Abwanderung der elsass-lothringischen Bevölkerung bedauerte und forderte, daß die Leute im Lande Stellen befänden.

*** Das Wahlrecht in Braunschweig.** Die Landesversammlung nahm mit 36 gegen 8 Stimmen den Entwurf der Kommission an, die Landesregierung zu ersuchen, unter Zugrundelegung der direkten, geheimen Wahl, nach dem Dreiklassenwahlrecht, die Gesetzgebungsorgane über die Abänderung des Wahlrechts dem Lande

lage sobald als möglich vorzulegen. Die im Laufe der Debatte gestellten Abänderungsvorschläge und Anträge sind der Regierung als Material zu überreichen.

*** Es können nicht lassen.** Im englischen Unterhaus stellte ein Abgeordneter am Mittwoch eine Reihe von Fragen bezüglich des deutschen Flottenprogramms an. Der Erste Lord der Admiralität Mackenna antwortete im Laufe seiner Rede: Es ist nicht anzunehmen, daß irgend eines der vier deutschen Schiffe des Bauprogramms 1909/10 im laufenden Jahre vollendet sein wird. Ich erwarte nicht, daß 21 Dreadnoughts im Oktoberdrehre 1913 von den Werften abgeliefert sein werden.

*** Zurteilung wegen Majestätsbeleidigung.** Die Strafammer in Duisburg verurteilte den sozialdemokratischen Gewerkschaftssekretär Otto Sankt zu vier Wochen Gefängnis. Der Angeklagte hatte in Duisburg in einer Volksversammlung, in der ein Vortrag „Kaiser und Volk“ gehalten war, in die Erörterung eingegriffen und anknüpfend an eine angebliche Bekehrung des Kaisers, ein großer Teil des deutschen Volkes für England feindlich gerichtet, dem Kaiser einen bewußten Lügner genannt. Der Staatsanwalt hatte drei Monate Gefängnis beantragt.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

22. Sitzung vom 8. Februar, 11 Uhr.
Am Ministertisch: v. Dallwitz, v. Breitenbach.
Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Zweckerbundes für Elsaß-Lothringen.

Minister des Innern v. Dallwitz: Bei der Ausarbeitung des allgemeinen Zweckerbundes habe ich mir die Frage vorgelegt, ob in diese Vorlage nicht aus Bestimmungen hineinzuarbeiten seien, die ihre Anwendung auf Elsaß-Lothringen ermöglichen. Ich habe schließlich davon abgesehen, weil sonst gar zu viele Einzelbestimmungen nötig gewesen wären, die doch nur in diesem einen Falle anwendbar gewesen wären. Verhandlungen über die Eingebunden von Vororten in Berlin haben ja lange gedauert, sind aber erfolglos geblieben. So bleibt nichts übrig als einen Zweckerbund zu gründen. Sein Ziel soll sein die Regelung des Wahlrechts für die öffentlichen, auf Schienen betriebenen Transportbetriebe, die Beteiligung an der Bestellung der Postbeamten für das Verkehrsgebiet und die Erwerbung und Erhaltung größerer, von der Bewahrung frei zu haltenen Flächen. Möge die Vorlage vom Hause als geeignete Grundlage für die weiteren Verhandlungen angesehen werden. (Beifall.)

Abg. v. Brandenstein (Folk.): Die Frage, deren Lösung hier angesetzt wird, beschäftigt die Regierung und den Landtag fast seit einem Jahrzehnt. Um so mehr freut mich der Minister Dank, daß er bald nach seinem Amtsantritt mit einem Gesetz über den Reichstag, der Aussicht hat, Gesetz zu werden, an das Haus herantritt. Allerdings wird mir, da die Einbringung der Vorlage nicht vom Einverständnis der Beteiligten abhängig gemacht werden konnte, auf die Prüfung der von ihnen eingereichten Beitritten um so mehr angewiesen. Die Vermutung aber, daß das Gesetz in 10 oder 20 Jahren wohl oder übel wieder geändert werden muß, kann uns nicht hindern, dem Gesetz jetzt ernstlich nachzutreten. Die Einbringung der Freie Felsen und Niederborn halten freilich für einen Freiheitskampf. Freilich dürfen die Beteiligten als Vorberedener nicht in Betracht kommen, mit Kosten hier nur vorläufig bezahlt werden. Die Stadt Scharbau, die fast 6000 Morgen Land besitzt, zeigt übrigens, daß es unbillig wäre, das Steuerlohn für die Kostenverteilung entscheiden zu lassen; das Interesse des einzelnen Verbandsmitgliedes am Ziel der Verbandsarbeiten muß entscheidend sein. Die auf Schienen betriebenen Transportanstalten sind zu eng gefaßt. Warum a. B. den Motoromnibus ausschließen? Oder die Schneebahn? Auch bei der Erwerbung und Erhaltung von Wäldern muß hinsichtlich der Kostenverteilung das Interesse der Beteiligten entscheiden. Die Gültigkeit des allgemeinen Zweckerbundes für Elsaß-Lothringen muß noch stärker umgrenzt werden. Die in einer Petition angelegte Beteiligung auch der Reichskolonien durch den Zweckerbund muß eingehend erwogen werden. Wir sind bereit, wenn irgend möglich, das Gesetz anzunehmen. (Beif. Beifall.)

Abg. King (Folk.): Mit der Einbringung der Vorlage sind wir einverstanden. Die Begründung der vorgeschlagenen Regelung in der Wohnfrage erscheint uns mangelhaft.

Minister v. Dallwitz: Darüber wird in der Kommission noch näheres Material vorgebracht werden.

Abg. Dr. Reil (Folk.): Auch meine Freunde halten die Vorlage für ungeschickt. Der Reichstag auf den drei angelegten Gebieten zu bestehen und so muß die Beteiligung einbezogen. Ob freilich im einzelnen der Entwurf das Richtige trifft, ist zweifelhaft. Schon der Umfang des Zweckerbundes erfüllt uns mit erheblichen Bedenken. Die Grenze muß da sein, wo die Gemeindefürsorge der Interessen aufhört. Was aber die Aufgaben des Zweckerbundes betrifft, so scheiden wir uns gegen ein Kompetenzerweiterungsrecht.

Abg. Gasse (Folk.): Es scheint, Berlin soll hier befristet werden, weil es bereits die Eingebunden der Vororte abseht. Deshalb die Parteien gegen Berlin und die Eingriffe in seine Selbstverwaltung. In finanzieller Beziehung muß die Regierung noch mehr entgegenkommen, indem wir die ungünstige Lage der Stadt gegenüber der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft durch die Schuld der Regierung herbeigeführt wurde. Den drei Vorrednern dankte ich für ihre Objektivität gegen Berlin. (Abg. Hofmann: Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben!) Die Regelung der Verfassungsfrage ist bedenklich. Die Rechte der einzelnen Mitglieder sollen auf den Verband übertragen. Wie sagt nicht die Verfassung, Eigentum ist unerschütterlich? (Abg. von Brandenstein: Privatbesitz!) Mit der vorgeschlagenen Beteiligung Berlins in der Verbandserfassung können wir unmöglich zustimmen. Für den Verbandsausfluß ist der Oberbürgermeister von Berlin der geeignete Vorschlag.

Halle'sche Nachrichten.

Die Beerdigung des Geheimen Kommerzienrates Ludwig Bekke. Die Beerdigung des Geheimen Kommerzienrates Ludwig Bekke. Die Beerdigung des Geheimen Kommerzienrates Ludwig Bekke.

Haushalt für Oktober/Dezember-Vorjahr 1911. Die Haushaltung für Oktober/Dezember-Vorjahr 1911. Die Haushaltung für Oktober/Dezember-Vorjahr 1911.

W. W. Hamburg, 8. Februar. Hamburg, 8. Februar. Hamburg, 8. Februar. Hamburg, 8. Februar. Hamburg, 8. Februar.

Schiffsbewegungen der Kaiserlichen Marine.

Berlin, 8. Februar. 'Preha' ist am 7. Februar in Ziehe eingetroffen und geht am 10. Februar die Reise nach Southampton fort.

Landwirtschaftliches.

Wants- und Klauenfleischer. Das Kaiserliche Gesundheitsamt will mit der Uebernahme der Wants- und Klauenfleischer...

Letzte Telegramme.

Berlin, 9. Februar. Der Kaiser hat in ein Projekt auf Verfertigung einer Kaiserlichen Automobilfabrik...

Studentenstreik in Petersburg.

Petersburg, 9. Februar. Gestern fand in der Universität eine Verammlung statt, an der nur ein Teil der Studenten teilnahm...

Schwere Dynamitexplosion.

Paris, 9. Februar. Während der Sprengungsarbeiten auf der französischen Seite des transparanischen Tunnels...

Den blinden Bruder ermordet.

Hamburg, 9. Februar. In der Nähe von Ostera führte der Bauernsohn Matthias Peter, um in den alleinigen Besitz des väterlichen Erbes...

Der Empfang des verstorbenen Regenten.

Lehran, 9. Februar. Gestern nachmittag erfolgte ohne Zwischenfall der Eingang des Regenten in die Hauptstadt.

Börsen- und Handelsteil.

Über die Lage des Rohwarenmarktes. Über die Lage des Rohwarenmarktes. Über die Lage des Rohwarenmarktes.

A. Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel. Berlin, 8. Februar. (Händlerische Notierungen der Rohwarenbesitzer).

B. Tiere und tierische Produkte.

Wagenviehtrieb in Friedländer Pferde. Berlin, 8. Februar. Die Verhandlung über den Verkauf von 538 Himbeeren...

C. Neue Handels-Verbindungen.

W. Hamburg, 8. Februar. Neuer Winter-Vertrag von 97 1/2 per März...

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt. Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt. Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt. Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt. Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt.

